

Programa Todos Cubanos – Propuesta para la transición a la democracia

Herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

México D.F., August, 2006

<http://www.kasmex.org.mx>

Programa Todos Cubanos – Propuesta para la transición a la democracia

Inhalt

1. Vorwort zum Programm Todos Cubanos Seite 3
2. Zusammenfassung des Programms Todos Cubanos Seite 5

Vorwort zum Programm Todos Cubanos

“Wir müssen uns über unsere Zukunft einig werden”, so Oswaldo Payá, Initiator des “Movimiento Cristiano Liberación” und Sacharow Preisträger des Europäischen Parlamentes am 10. Mai 2006 bei der Präsentation von “Todos Cubanos”, und genau darauf zielt das neue Programm ab, das wir in dieser Broschüre dokumentieren. Durch ein Referendum soll über die Zukunft Kubas entschieden werden.

“Todos Cubanos” steht in der Folge des “Varela-Projektes” und des “Nationalen Dialogs”. Unter dem Namen “Varela-Projekt” wurde von Payá am 10. Mai 2002 ein Antrag bei der Nationalen Volkskammer in Havanna eingereicht, in dem ein Referendum zur Abstimmung von Vorschlägen zu Gesetzesänderungen enthalten war. Payá machte damals deutlich, dass damit bessere Rechtsvoraussetzungen geschaffen werden sollten, um allen Kubanern die Möglichkeit zu bieten, ein Modell nach ihren eigenen Gesellschaftsvisionen zu gestalten. Diese Gesetzesinitiative war gemäß den kubanischen Gesetzen rechtmäßig, da von den Verantwortlichen mehr als 11.000 Unterschriften gesammelt worden waren. Die Antwort der kubanischen Regierung war eine eigene Unterschriftensammlung ihrerseits und eine Vertagung des Varela-Projektes bis auf den heutigen Tag.

Weitere Reaktion des Regimes auf die Initiative seiner Bürger war eine massive Verhaftungswelle im März 2003 – der so genannte “kubanische Frühling” -, in Folge dessen die Europäische Union ihre Beziehungen zu Kuba einfror und vermehrt in den Dialog mit kubanischen Dissidenten trat. Als Auszeichnung für seine friedlichen Bemühungen, Freiheit und Demokratie auf Kuba zu fördern, wurde Oswaldo Payá mehrmals als Kandidat für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Im Oktober 2002 verlieh ihm das Europaparlament den Sacharow-Preis für Menschenrechte. Dieser Preis wurde ebenfalls im Dezember 2005 den “Damas de Blanco” verliehen, einer kubanischen Frauenbewegung, die durch friedliche Märsche für Menschenrechte und Meinungsfreiheit auf Kuba demonstrierten.

Seit 2003 wird ein “Nationaler Dialog” geführt, an dem Kubaner von der Insel, aber auch Exilkubaner teilnehmen. Der Dialog, der alle einschließen und das gesamte Kuba repräsentieren soll, umfasst die Vorstellungen, Ideen, Wünsche, Hoffnungen aber auch Ängste, die die Kubaner vor und von der Zukunft haben. Aus diesem Dialog entstand nun das Programm “Todos Cubanos”.

Das Programm ist in vier Bereiche aufgeteilt: Vorschläge 1) zu einer modifizierten Verfassung, 2) ein Plan des Wechsels, 3) ein neues Wahlgesetz und 4) ein neues Gesellschaftsgesetz. Wie auch schon im Varela Projekt stehen die Beachtung der Menschenrechte und die Gleichheit aller Kubaner vor dem Gesetz im Vordergrund. Demokratische Prozesse sind die entscheidenden Merkmale, die in einer neuen Verfassung enthalten sein müssen. Das Programm verpflichtet sich nicht auf ein bestimmtes Wirtschaftssystem. Abgelehnt wird jedoch ein System, das die freie Partizipation der einzelnen Bürger am demokratischen Prozess verhindert.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt dieses Projekt wie auch schon das Varela-Projekt und die Initiativen für Freiheit und Menschenrechte wie die Aktionen der “damas de blanco”, da es unter Einbezug aller Kubaner und auf demokratischem Wege eine freie Willensbekundung aller Bürger über ihre Zukunft darstellt und auf eine freiheitliche und demokratische Entwicklung Kubas abzielt.

Zusammenfassung des Programms Todos Cubanos

Das Projekt Varela ist weiterhin der Anspruch der Bürger nach der legalen Forderung der Grundrechte. Weder das Programm Todos Cubanos noch das Projekt Varela verweigert diese Rechte, sondern ausgehend von dieser Situation weist es eine Zukunft auf und bietet einen zukunftsweisenden Plan, eine neue konstitutionelle Grundlage und einen spezifischen Weg zu friedlichen Veränderungen an.

Während etwa zwei Jahren bildete sich ein nationaler Dialog heraus, an dem Tausende von Kubanern aus dem In- und Ausland teilnahmen und ihre schriftlichen Meinungen und Beiträge zur Realität, in welcher sie leben, und zu den erwünschten Veränderungen in Kuba einsandten.

Jetzt stellen wir der kubanischen Gesellschaft das Programm Todos Cubanos (PTC) als Ergebnis dieses Dialogs und als Vorschlag vor; nicht um den Dialog zu beenden, sondern um ihn für tiefere und lebendigere Gespräche zu öffnen. Es gibt eine friedliche Alternative, mit der die Veränderungen, die Kuba will und braucht, erreicht werden können.

Somit würden sie ein neues Kapitel ihrer Geschichte aufschlagen, das durch ein Referendum bestätigt werden würde, in welchem die Kubaner als Protagonisten ihrer eigenen Geschichte von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und demokratisch den Weg und das Ziel bestimmen würden. Indem ausnahmslos alle teilnehmen und die Rechte aller Kubaner geachtet werden, können die Änderungen an den Strukturen und Institutionen vorgenommen werden, gleichzeitig aber bleibt das Positive, das das kubanische Volk in den letzten Jahrzehnten und in seiner ganzen Geschichte hervorgebracht hat, erhalten. Die Institutionen verändern sich zum Wohle aller, nicht um auszuschließen oder zu benachteiligen.

Das Programm Todos Cubanos (PTC) beinhaltet vier Elemente, die ein System bilden:

- Einen Vorschlag zur Verfassungsreform;
- einen Änderungsvorschlag, genannt Plan Cuba Primero;
- einen Vorschlag für ein neues Wahlgesetz;
- einen Vorschlag für ein neues Vereinsgesetz.

Falls das PTC im Referendum bestätigt wird, tritt es ohne institutionelle Unterbrechung gesetzmäßig in Kraft, mit einem Schritt zur Institutionalisierung aller Rechte, in einer Atmosphäre der Freiheit, der landesweiten Versöhnung, der Solidarität und mit der verantwortungsvollen Teilnahme aller Bürger an allen Gesetzen.

Die Verfassung würde dahingehend verändert werden, dass alle Menschen-, Wirtschaftsrechte, politischen und sozialen Rechte für alle Kubaner garantiert würden und es ein demokratisches und pluralistisches System mit einem starken humanistischen und sozialen Hintergrund gäbe. Ebenfalls würden alle Rechte der Arbeitnehmer, die wirtschaftlichen Freiheiten und das Recht der Kubaner garantiert, ihren eigenen Geschäften nachzugehen und Privatunternehmen zu besitzen, ohne dass das Land in extreme Handelsrechte verfällt, jedoch all seine Kapazitäten und die Kreativität und Arbeitsamkeit der Kubaner freisetzt um das Allgemeinwohl, die soziale Gerechtigkeit und die konstante Entwicklung zu erreichen.

Die Unabhängigkeit und Integrität des Landes, die Souveränität des Staates und des Volkes, der einheitliche Charakter unserer Republik und die Freiheit aller Kubaner werden ausdrücklich mit diesem PTC bestätigt, und sein gesamter Inhalt und der ihm eigene Charakter stimmen mit diesen Prinzipien überein, die untrennbar voneinander sind und unsere Nation schmiedeten.

Jeder Aspekt dieses PTC ist durchdrungen von dem tiefen Bewusstsein über die Notwendigkeit des Umweltschutzes und der Erziehung zu Verantwortlichkeit der neuen Generation. Das Programm Todos Cubanos legt den Grundstein zu einem übergreifenden Humanismus mit Blick auf eine gerechtere, menschlichere und freiere Gesellschaft für die nachkommenden Generationen, für die es auch gilt, eine gesunde Umwelt zu erhalten. Der im PTC festgelegte Veränderungs- und Umwandlungsprozess soll in zwei Phasen verlaufen: Die Vorbereitung und die Konstitution.

Die Vorbereitung beginnt bei der Bestätigung des PTC im Referendum durch das souveräne kubanische Volk und dauert etwa 240 bis 270 Tage. Ab diesem Zeitpunkt beginnt die Phase der Konstitution, die etwa 810 bis 900 Tage dauert. In der Vorbereitungsphase werden freie und demokratische Wahlen zur Wahl eines neuen Parlaments und des Präsidenten der Republik durchgeführt, die während der Konstitutionsphase regieren sollen. Der Name leitet sich von der neuen Verfassung für das Land ab, die in dieser Phase angefertigt werden soll.

Bereits in der Vorbereitungsphase werden alle Rechte einschließlich der wirtschaftlichen Rechte gesetzmäßig garantiert, und die Wirtschaft soll angekurbelt werden. Somit können alle Kubaner am wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben im Land teilnehmen und es werden die ersten freien Wahlen vorbereitet. Schließlich treten die neue Regierung und das neue Parlament, die in den freien und demokratischen Wahlen am Ende der Vorbereitungsphase gewählt wurden, ihre Ämter an.

Sobald das PTC im Referendum bestätigt ist, wird eine Kontaktgruppe gebildet, die sich aus zwei Komponenten zusammensetzt: Vertreter der Nationalversammlung des Volkes und des Komitees zur Durchsetzung des Referendums über das Programm Todos Cubanos, die Bürgerbewegung, die für dieses Referendum wirbt.

Diese Kontaktgruppe hat die Aufgabe, die Integration des neuen Ministerrats, der während der Vorbereitungsphase regieren soll, eines neuen Obersten Gerichtshofes und der Nationalen Wahlkommission, die den gesamten Wahlprozess dieser Phase überwachen soll, zu koordinieren.

Der neue Ministerrat, der als „Regierung der Versöhnung und der Nationalen Einheit“ (Gobierno de Reconciliación y Unidad Nacional - GRUN) bekannt werden soll, setzt sich zu gleichen Teilen aus den vom Komitee zur Durchsetzung des Referendums über das PTC vorgeschlagenen Mitgliedern einerseits und aus den von der Nationalversammlung des Volkes vorgeschlagenen Mitgliedern andererseits zusammen, so dass jeweils die Hälfte der vorgeschlagenen Mitglieder von einem der Komponenten kommt. Das Komitee zur Durchsetzung des Referendums macht seine Vorschläge gemäß den Meinungen und Empfehlungen der Menschenrechts- und Bürgergruppen und -organisationen, die vor der Bestätigung des PTC zur demokratischen und friedlichen Opposition gehörten. Die Regierung der Versöhnung und der Nationalen Einheit (GRUN) sowie der Oberste Gerichtshof treten ihre Ämter 20 Tage nach dem Re-

ferendum an, und die Nationalversammlung des Volkes tritt zurück. Die GRUN hat die Aufgabe, freie Wahlen und die Rechte für alle Bürger zu garantieren sowie den Plan Cuba Primero gemäß der im PTC und seinen Übergangsbestimmungen enthaltenen Verfassung durchzusetzen.

Zu Beginn der Vorbereitungsphase werden die Menschenrechtsorganisationen und das Bürgerkomitee zur Versöhnung und zum Dialog, das vom Komitee zur Durchsetzung des Referendums eingeführt wurde, legalisiert, da sie von Anfang an eine unmittelbare und unabdingbare Funktion bei der Durchsetzung des PTC erfüllt haben und die in ihm enthaltenen Rechte verteidigen sollen. Das Bürgerkomitee zur Versöhnung und zum Dialog und seine lokalen Komitees sind Bürgerbewegungen, die den Machtmissbrauch und Abweichungen vom PTC verhindern und als ein Instrument der Teilnahme an der Demokratie fungieren sollen.

Der Plan Cuba Primero verfügt, dass die GRUN staatliche Kommissionen und Unterkommissionen benennt, die ihr bei der Erfüllung ihrer Aufgaben behilflich sein sollen. Diese Kommissionen setzen sich zu gleichen Teilen aus von den zwei Komponenten der Kontaktgruppe vorgeschlagenen Mitgliedern zusammen und haben die Aufgabe, die Erfüllung des Plan Cuba Primero in allen staatlichen Ministerien und Institutionen und in der Gesellschaft zu garantieren und den Plan durchzusetzen.

Mit der Bestätigung des Programms Todos Cubanos im Referendum werden unmittelbar und bedingungslos alle politischen Gefangenen und die aufgrund von politischen Motiven und ihres Gewissens Verurteilte freigelassen. Außerdem werden sofort alle aufgrund von ungerechten oder missbräuchlichen Inhaftierungen erhobenen Klagen berücksichtigt. Ebenfalls wird die Todesstrafe abgeschafft. Im nationalen Dialog zeigte sich die Bereitschaft und der Geist der Vergebung und der Versöhnung der Kubaner. Das PTC nimmt diesen Geist der Öffnung und Versöhnung auf und garantiert gesetzmäßig die Teilnahme, die Achtung und die Chancen aller Kubaner, unabhängig ihrer politischen Einstellung. Über eine mögliche Generalamnestie und deren Reichweite muss die gesamte kubanische Gesellschaft verantwortlich und in einer Atmosphäre der Ruhe, des Dialogs und der Demokratie in der Konstitutionsetappe entscheiden. Jeder Rache- oder Vergeltungsakt und sonstige Tat oder Verlautbarung, die die Kubaner gegeneinander aufhetzen, oder Aggressionen gegen andere Kubaner wegen ihren Handlungen während der Zeit vor der Bestätigung des PTC, oder

aus welchen Gründen auch immer, sollen bestraft werden. Die Nutzung der Kommunikationsmittel ist für Beleidigungen oder Angriffe auf die Ehre anderer verboten.

Das PTC gibt dem Volk seine Stimme zurück und etabliert einen Rechtsstaat mit unabhängigen Gerichten. Alle Bürger werden das Recht haben, politische Parteien, auch kommunistische, zu bilden, die gleichberechtigt und gegenüber den anderen nicht übervorteilt sein sollen und keine Privilegien für andere Gruppen oder ideologische Tendenzen zulassen. Aufgrund dessen wird die heutige Kommunistische Partei Kubas und die Union Junger Kommunisten aufgelöst, sie sollen jedoch nicht ausgeschlossen werden und haben das volle Teilnahmerecht, jedoch werden sie keine Privilegien vor dem Gesetz besitzen. Die mit dem PTC bestätigte Verfassung verkündet, dass das Volk die Macht hat, womit die der Kommunistischen Partei verliehenen ausschließlichen Entscheidungsgewalt, die sie derzeit über die Gesellschaft und andere Gewalten besitzt, die Bürgerrechte verletzt und mit der Souveränität des Volkes sowie mit dem neuen Verfassungsvorschlag nicht vereinbar ist. Es können weder politische Parteien hinsichtlich der Rasse, des Geschlechts oder der Klasse gebildet werden, noch kann in ihren Programmen oder in ihrer Praxis anderen Bürgern das Recht verweigert werden, andere politische Parteien und Organisationen zu gründen, noch können keine der allgemein anerkannten oder im PTC festgelegten Menschenrechte verweigert werden, noch kann die Demokratie, der einheitliche Charakter unserer Republik oder die Integrität, die Unabhängigkeit und die Souveränität des Staates und des Volkes angegriffen werden.

Alle Mitglieder der Armee müssen dem Vaterland und seinem unabdingbaren Charakter als souveräne, unabhängige, einheitliche, demokratische und freie Nation, dem souveränen Volk und dem im Referendum durch das kubanische Volk bestätigten PTC die Treue schwören. Dieser Schwur schließt auch die Pflicht ein, den Entscheidungen der Regierung Folge zu leisten, die im Programm festgelegten freien und demokratischen Wahlen zu achten und zu schützen und die Ergebnisse anzuerkennen. Während der Vorbereitungsphase soll ein Dialog zwischen den Befehlshabern und den Soldaten der Armee und dem Bürgerkomitee zur Versöhnung und zum Dialog und seinen lokalen Komitees entstehen, in welchem die für die Reform der Armee, die vom in der Vorbereitungsphase gebildeten Ministerrat durchgeführt werden soll, geeigneten Empfehlungen gemacht werden. Die Mitglieder des Militärs

können weder wählbare oder regierende Ämter bekleiden, noch können sie Zivilrichter werden. Damit sich ein Bürger als Wahlkandidat aufstellen lassen oder ein Ministeramt antreten kann, muss er seinen Status als Militärmitglied aufgeben.

Das PTC garantiert, dass keine Familie und kein Bürger aus irgendeinem Grund weder ihren Hausbesitz verlieren werden, noch von ihrem Wohnsitz vertrieben werden können. Alle missbräuchlichen und willkürlichen Einschränkungen und Kontrollen des Grundrechts auf freies Wohnen und der Lösung dieser dramatischen Problematik, die viele kubanische Familien erleben, werden abgeschafft. Es wird ein neues Wohnungsgesetz erlassen, das alle Kapazitäten des Staates, der Gesellschaft und der Familien verstärken soll, um die Mängel und Einschränkungen auf diesem Gebiet und die despotischen Kategorien der "eingefrorenen Zonen" zu beseitigen.

Das öffentliche Gesundheitswesen und die Bildung sollen weiter kostenlos bleiben, sowie die öffentlichen Dienstleistungen, die bis jetzt kostenlos waren. Weder Krankenhäuser, noch andere Gesundheitszentren oder –einrichtungen, noch Schulen, Universitäten oder Bildungsinstitute sollen privatisiert werden.

Die Lehrpläne sollen dahingehend geändert werden, dass sie von jeglichen politischen oder ideologischen Einflüssen des kubanischen Bildungssystems befreit werden, und dass sie die Schüler zur Freiheit, Achtung und Ausübung aller im PTC verankerten Menschenrechte, Solidarität, Verantwortung als Bürger, Toleranz und zu gegenseitigem Respekt erziehen soll. Der Staat garantiert die laische Erziehung, schließt aber nicht das Recht der Gläubigen aus, ihre Kinder in dem Glauben erziehen zu lassen, zu dem sie sich bekennen.

Die staatlichen Kommunikationsmittel sollen nicht privatisiert werden. Es wird das Recht der Bürger, Unternehmen, Gesellschaften, politischen Parteien, Institutionen, Kirchen und der sozialen wie politischen Organisationen anerkannt, neue Massenmedien ins Leben zu rufen, seien es Zeitungen, Zeitschriften, Radio- und Fernsehstationen, Internet oder ähnliches. Während der Wahlen werden jedoch die bezahlten Anzeigen zur Werbung von Kandidaten verboten.

Das Recht zur Ein- und Ausreise aller Kubaner wird anerkannt; die unheilvolle Kategorie der „definitiven Ausreise“ für diejenigen, die ausgewandert sind oder auswandern wollen, wird ausgeschlossen, und die Besitztümer derer, die ab sofort emigrieren wollen,

werden nicht eingezogen. Allen im Exil Lebenden und ihren Kindern wird der volle Status als Kubaner zurückgegeben, und ihre vollen Rechte als kubanische Bürger werden wieder hergestellt. Alle Exil-Kubaner haben das Recht, frei in ihr Land zu reisen und nach Kuba zurückzukehren, sofern sie dies wollen. Die GRUN stellt geregelt und stufenweise die gesetzlichen Mittel zur Erleichterung der Ausübung dieser Rechte zur Verfügung.

Kein Unternehmen, keine Anlage, kein Grundstück, keine beweglichen oder unbeweglichen Güter, auch wenn sie den Privatstatus haben, sollen während der Vorbereitungsphase privatisiert werden.

Der Ministerrat wird in der Konstitutionsphase die Entscheidungen über die Besitzverhältnisse unter Berücksichtigung des staatlichen Interesses und des Allgemeinwohls treffen. Die strategischen Bereiche wie die Grundstoff- und Energiewirtschaftsindustrie sollen nicht privatisiert werden. Es kann keine Privatisierungen geben, solange das Privatisierungsrecht nicht institutionalisiert wird. Nur so wird die Korruption und das Feilschen und Verteilen der Ressourcen des Landes gegen die Interessen der Mehrheit verhindert.

Der Plan Cuba Primero garantiert von dem Moment an, in welchem er in Kraft tritt, den Kubanern das Recht, Privatunternehmen zu gründen, Geschäfte einzurichten und im In- und Ausland Handel zu treiben. Das PTC garantiert den Arbeitnehmern das Recht auf freie Anstellung unter Achtung aller ihrer Rechte, einschließlich das Recht, frei Gewerkschaften zu bilden sowie das Streikrecht.

Es wird eine Währungsreform durchgeführt, die der Landeswährung ihren freien Wert zurückgeben, die Kaufkraft der Kubaner stärken und der Nation eine einzige Währung geben soll, die echten Tauschwert besitzt, der es möglich macht, dass Kuba und ausnahmslos alle Kubaner am nationalen und internationalen wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Die Währungsreform wird im Rahmen aller sozioökonomischen Veränderungen im Land durchgeführt, weswegen sie mit dem humanistischen Geist und dem Inhalt sozialer Gerechtigkeit und Ausgeglichenheit des PTC einhergehen sollte, um eine echte Wiederbelebung der kubanischen Wirtschaft zu erlangen.

Ebenfalls wird eine Agrarreform durchgeführt, die hauptsächlich das Ziel hat, den Landbesitz in seinen unterschiedlichen Formen denjenigen zu geben, die das Land bearbeiten oder zum staatlichen Nutzen und zu dem der Besitzer produzieren. In diesem Prozess werden sowohl die Vorschläge der Experten berücksichtigt, was dem Land am besten nütze, als auch die Vorschläge und Interessen der Familien und Gemeinschaften, die von der Agrarreform betroffen sind. Die Landvergabe wird stets mit staatlichem Besitz unter Achtung des Privatbesitzes und des Besitzes der Kooperativen von Kleinbauern durchgeführt, so dass keine Familie oder Gemeinschaft weder von dem Land, das sie zum Eigenbrauch oder Nießbrauch bestellt, noch von ihrem Wohnsitz vertrieben wird, egal um welches Grundstück es sich handelt, auf welchem sich der Wohnsitz befindet. Somit wird die Agrarreform zum Allgemeinwohl und zur Stärkung des wirtschaftlichen und humanistischen Wachstums der ländlichen Gebiete im weitesten Sinne durchgeführt und auf diejenigen besonders geachtet, die stets das Land bestellt haben und zur ländlichen Entwicklung beitragen wollen.

Das neue Wahlgesetz ist nur für die Wahlen in der Vorbereitungsphase gültig. Die repräsentative und partizipative Demokratie widersprechen sich weder, noch schließen sie sich aus, sondern stärken und bereichern sich gegenseitig. Die Bürger benennen direkt oder in Wahlkampagnen die Kandidaten für die verschiedenen wählbaren Ämter und wählen in direkter und geheimer Wahl sowohl die Abgeordneten der Stadträte und der Provinzialversammlungen als auch die Abgeordneten der Nationalversammlung des Volkes von Kuba und den Präsidenten und Vizepräsidenten der Republik. Die Bürger haben das Recht, sich gesetzmäßig zu vereinigen und Wahlkampagnen zu veranstalten, um für Kandidaten, die sich mit ihren Prinzipien identifizieren, für die verschiedenen wählbaren Ämter zu werben. Das in der Vorbereitungsphase gewählte Parlament wird Nationalversammlung des Volkes von Kuba genannt und hat außer der gesetzgebenden Gewalt auch die Aufgabe, eine neue Verfassung zu erstellen, die im Referendum bestätigt werden soll. Diese Verfassung soll im Lande gelten, sobald die Frist für das Programm Todos Cubanos verstrichen ist.

Der Plan Cuba Primero lässt die Bürger unmittelbar nach der Institutionalisierung der Rechte in der Vorbereitungsphase am politischen, kulturellen und wirtschaftlichen

Leben des Landes teilnehmen und stattet sie mit demokratischen und partizipativen Mitteln aus, den gesamten Prozess zu überwachen. Diese Vorbereitungsphase endet mit den Wahlen der Nationalversammlung des Volkes von Kuba und des Präsidenten der Republik. Hier beginnt die Konstitutionsphase, in der die demokratisch gewählte Regierung die im Programm Todos Cubanos definierten Veränderungen vertieft. Alle Veränderungen dieses PTC sind konstruktiv und verbindlich, richten sich nach dem Allgemeinwohl, garantieren die Menschenrechte und ermöglichen die Versöhnung und eine Atmosphäre der Toleranz, des Respekts und der Brüderlichkeit unter den Kubanern. Der tiefe humanistische und soziale Aspekt des Programms Todos Cubanos ist untrennbar mit der Demokratie und der Freiheit, die dieses Programm verkündet, verbunden. Dies kann utopisch erscheinen. Nichtsdestotrotz entdecken wir beim Rückblick auf unsere Geschichte, auch der jüngsten, dass das Programm Todos Cubanos gerade wegen seiner Kohärenz realistischer ist, da sich nur durch die Ausübung aller Rechte ein Volk vollständig entwickeln kann, und nur durch die Erschaffung einer sozialen Gerechtigkeit gibt es echte Demokratie.

Solidarität mit Kuba bedeutet, das zu unterstützen, was die Kubaner wollen und brauchen. Dies wird mit dem Programm Todos Cubanos deutlich gemacht. Daher bedeutet Solidarität mit Kuba, das Recht der Kubaner zu unterstützen, im Referendum bestätigt zu werden, damit die Kubaner selbst über ihre Zukunft entscheiden können.

Die Kubaner sind weit davon entfernt, diesen Traum aufzugeben, und erwachen zu seiner Verwirklichung.